Handelsblatt

Handelsblatt print: Heft 13/2022 vom 19.01.2022, S. 7 / Specials

ENERGIEWENDE

" Es dauert einfach alles viel zu lange"

Während die Bundesregierung sich hohe Ziele steckt, kommt der Ausbau der erneuerbaren Energien kaum voran. Ein wesentlicher Grund sind die komplizierten Planungs- und Genehmigungsverfahren.

SPD, Grüne und FDP haben in Sachen Energiewende die Ziele hoch gesteckt. Bei Energieversorgern, Windkonzernen und Stromnetzbetreibern treffen die Pläne von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) zwar auf Zustimmung, die Realität ist heute allerdings noch eine ganz andere. Die Wirtschaftsweise Veronika Grimm sprach deswegen von richtigen, aber sehr ambitionierten Ausbauzielen. " Jetzt ist natürlich die Frage, ist das realisierbar?", sagte die Ökonomin am Dienstag auf dem Handelsblatt Energiegipfel in Berlin.

Bis 2030 sollen 80 Prozent des Stroms in Deutschland statt wie zuvor angepeilt 65 Prozent aus erneuerbaren Energien stammen. Im vergangenen Jahr lag ihr Anteil erst bei 42 Prozent.

Seit Jahren geht der Ausbau von Wind- und Solarenergie deutlich zu langsam voran. In den Augen der Energiewirtschaft liegt in den Planungs- und Genehmigungszeiten eines der Hauptprobleme. "Es dauert einfach alles viel zu lange", sagte Kerstin Andreae, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW).

Es entstehen weniger neue Anlagen statt mehr

Vieles werde davon abhängen, ob die Regierung es schaffe, die Länder und die Kommunen auf dem Weg mitzunehmen, sagte Andreae weiter. 2021 war eines der schlechtesten Jahre für Windkraft in Deutschland seit der Jahrtausendwende. Laut den Daten der Bundesnetzagentur gingen im vergangenen Jahr gerade mal 460 neue Windkraftanlagen an Land in Betrieb.

Seit 2018 gab es unter anderem aufgrund von verschärften Abstandsregeln und veränderten Ausschreibungsverfahren einen drastischen Rückgang beim Bau neuer Windkraftanlagen.

Um den Plänen der neuen Bundesregierung gerecht zu werden, müssen aber deutlich mehr Windräder und Solaranlagen her, und das in nie gekannter Größenordnung. Bis 2030 sollen Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung von 200 Gigawatt (GW) installiert sein, aktuell sind es knapp 60. Dazu sollen auf dem Dach jedes neuen gewerblichen Gebäudes verpflichtend Solarzellen aufgesetzt, bei privaten Neubauten soll eine Solaranlage die Regel werden. Die Kapazitäten für Windenergie auf See sollen von derzeit rund acht GW auf mindestens 30 GW im Jahr 2030 steigen. An Land sollen zwei Prozent der Fläche für Windenergie ausgewiesen werden.

Damit diese zwei Prozent dann aber auch schnell genutzt werden könnten, ist es in den Augen von Hans-Jürgen Brick, Chef des Übertragungsnetzbetreibers Amprion, wesentlich, dass in laufende Verfahren nicht mehr von Grund auf eingegriffen werden kann. Besonders bei der Windenergie sind immer mehr Klagen einer der Hauptgründe für den schleppenden Ausbau. Teilweise ziehen sich die Genehmigungsverfahren für einen Windpark dadurch fünf bis sieben Jahre hin. "Wenn uns eine Verkürzung auf drei Jahre gelingt, dann sehe ich gute Chancen, dass wir sehr weit vorankommen", sagte Brick auf dem Handelsblatt Energiegipfel.

Den zweiten großen Hebel sehen Experten und Unternehmen in einer besseren und wirtschaftlicheren Beteiligung der betroffenen Bürger vor Ort. Andreae sprach von einer "klugen Bürgerbeteiligung". Betroffene sollten ihre Befürchtungen formulieren, aber "irgendwann - das ist auch Teil einer Demokratie - wird auch eine Entscheidung gefällt".

Lösung für die " Not in my Backyard"-Diskussion gesucht

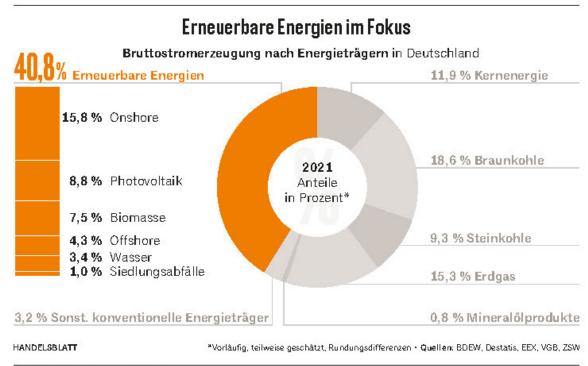
Wertschöpfung und kommunale Beteiligung bei der Windkraft müssten in den Vordergrund gestellt werden, "dann werden wir mehr Akzeptanz bekommen", sagte Andreae mit Blick auf die allseits bekannte " Not in my Backyard"-Diskussion. Dabei geht es um das Paradoxon, dass die Energiewende zwar grundsätzlich auf Zustimmung in der Bevölkerung stößt. Wenn es aber darum geht, dass ein Windrad in der Nähe des eigenen Hauses gebaut werden soll, gibt es Widerstand.

Wegen solcher Diskussionen hatte Bayern die sogenannte 10-H-Regel verabschiedet. Sie besagt, dass ein Windrad grundsätzlich mindestens das Zehnfache seiner Höhe von einer Wohnbebauung entfernt sein muss. Es ist die schärfste Abstandsregelung für Windkraft in Deutschland. Doch die eigene Landesregierung stellt die Regelung nun infrage. Der stellvertretende Ministerpräsident Hubert Aiwanger (Freie Wähler) hält eine Abkehr von der 10-H-Regelung in Teilen für notwendig, wie er dem Handelsblatt sagte.

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) hatte die Regelung allerdings jüngst noch verteidigt. Auch in Nordrhein-Westfalen gelten ähnlich strenge Regeln. So lassen sich die Klimaziele allerdings nicht erreichen.

ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Es dauert einfach alles viel zu lange. Kerstin Andrae BDEW-Chefin



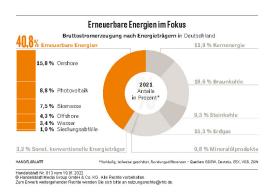
Handelsblatt Nr. 013 vom 19.01.2022

Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Energiebranche: Bruttostromerzeugung anteilig nach Energieträgern in Deutschland in Prozent 2021 (MAR / UMW / Grafik)

Kersting, Silke Olk, Julian Witsch, Kathrin



Quelle:	Handelsblatt print: Heft 13/2022 vom 19.01.2022, S. 7
Ressort:	Specials
Serie:	Energie-Gipfel 2022 (Handelsblatt-Beilage)Handelsblatt-Tagung (Handelsblatt-Serie)
Branche:	ENE-01 Alternative Energie
Dokumentnummer:	35E2BDE1-AE73-470E-A50A-C4E69C27E53A

"Es dauert einfach alles viel zu lange"

Dauerhafte Adresse des Dokuments: https://www.wiso-net.de/document/HB 35E2BDE1-AE73-470E-A50A-C4E69C27E53A%7CHBPM 35E2BDE1-AE73-470E-A50A

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH